„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Wieder ein Fußtritt

Es ist stets eine unangenehme Pflicht, wenn wir zur Verteidigung der Fremdgeborenen und besonders unserer Deutschcanadier gezwungen sind, einem Mann wie dem anglikanischen Bischof Lloyd entgegenzutreten. Ohne Zweifel ist es tief bedauerlich, daß ein Würdenträger der anglikanischen Kirche sich immer wieder zu Aeußerungen hinreißen läßt, die einen Großteil unserer Mitbürger verletzen und aufreizen müssen, wenn sie noch einen Funken von menschlichem Ehrgefühl in ihren Herzen tragen.

Wie im letzten „Courier" berichtet wurde, hat sich der anglikanische Bischof vor der Königlichen Einwanderungs- und Siedlungskommission von Saskatchewan gelegentlich deren Sitzung in Prince Albert in sehr abfälliger Weise über die „Zentraleuropäer" ausgelassen. Gleichzeitig ließ er deutlich erkennen, daß es ihm nicht nur um die als „Zentraleuropäer" klassierte Einwanderergruppe ging, sondern um eine 23 jährige Beschränkung der gesamten Einwanderung auf 100,000, von denen 75,000 Briten, 10,000 Skandinavier und der Rest „einige Nordeuropäer" sein sollen. Unter „einige Nordeuropäer" würden nach canadischen Immigrationsbegriffen auch die Deutschen fallen. Daraus ergibt sich sonnenklar, daß auch die Deutschstämmigen vor den Augen des Herrn Bischofs Lloyd nicht Gnade gefunden haben, sondern neben 75,000 Briten und 10,000 Skandinaviern nur zu den allergnädigst zugelassenen Einwanderern gezählt werden sollen.

Wie weit der anglikanische Würdenträger den Begriff der „Zentraleuropäer" faßt, ist zwar aus dem Bericht von Prince Albert nicht ganz deutlich zu ersehen. Tatsache ist jedoch, daß auch viele Deutschsprechende aus „zentraleuropäischen" Ländern wie Oesterreich, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn usw. nach Canada ausgewandert sind und sich hier als erstklassige Pioniere bewährt haben. Doch für diese verdienstvollen Männer und Frauen, denen der canadische Westen unbestreitbar einen Hauptteil seines wirtschaftlichen Aufschwunges verdankt, hat Herr Bischof Lloyd nur einen Fußtritt übrig. Er fällt ein vernichtendes Urteil über ihren sittlichen Charakter, indem er ihnen „verbrecherische Neigungen" andichtet, indem er ihre schwere Pionierarbeit als unbedeutend und nebensächlich hinstellt. Er schätze, so betonte er, den Charakter eines Volkes höher ein als die Tüchtigkeit im Baumfällen und dergleichen. Er vertrete nicht die Anschauung, daß die „Zentraleuropäer" dort Pionierarbeit geleistet hätten, wohin kein anderer gehen wollte. Mit anderen Worten: Bischof Lloyd stellt es so hin, als ob auch seine englischen Busenfreunde die nämliche ausdauernde, oft undankbare und mit furchtbaren Strapazen verbundene Pionierarbeit dort hätten vollbringen können, wo nur die „Zentraleuropäer" sich mit Erfolg bisher durchgesetzt haben. Es liegt uns ferne, irgendwie ein schiefes Licht auf unsere englischen Mitbürger zu werfen. Doch es ist eine hundertfach bewiesene Tatsache, die sogar von Engländern und Englischcanadiern ebenso hundertfach bestätigt worden ist, daß die so stark verlästerten „Zentraleuropäer" und unter ihnen besonders die Deutschstämmigen aus den verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern den Boden kultiviert und sich ein dauerndes Heim gegründet haben in Prärie- und Buschgegenden, aus denen sich die Busenfreunde des Herrn Bischof Lloyd schon nach den ersten schwachen Versuchen zähneklappernd und knieschlotternd zurückgezogen hatten. Glänzende Ausnahmen bestätigen nur die Regel. So kam es denn auch, daß nach des Herrn Bischof Lloyd Meinung es den „Zentraleuropäern" gelungen sein soll, sich einige der besten Landstriche auszuwählen. Zum Ruhm und zur Ehre unserer Pioniere sei es gesagt, daß sie tatsächlich nach unsäglichen Mühen, Sorgen und Kämpfen oft auf gut bewirtschaftetem und ertragreichem Lande sitzen. Diese „besten Landstriche" sind ihnen aber nicht ohne weiteres in den Schoß gefallen, sondern sie mußten oft Jahre und Jahrzehnte hindurch ihre beste Manneskraft, ihre Gesundheit und viele Annehmlichkeiten des Lebens opfern, um auf der Prärie und im Busch die Wildnis in fruchtbare Felder und blühende Farmgehöfte zu verwandeln. Ja, viele von ihnen sind noch nicht einmal heute in einer beneidenswerten Lage.

Wie muß unseren alten, verdienten Pionieren der Fußtritt schmerzen, der ihnen von so hoher Stelle aus versetzt wird, von einer Stelle, die nicht nationale Leidenschaften, sondern nur christliche Bruderliebe kennen soll! Wie müssen sie empört sein über den schnöden Undank, der ihnen hierzulande in mannigfacher Form entgegentritt! Erst hat man sie mit Pauken- und Trompetenschall ins Land gerufen, ihnen volle Freiheit für Religion und Muttersprache versprochen, ihnen das Vertrauen geschenkt, daß sie mit echtem Pioniergeist ein neues Land aufbauen können. Und nun? — „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; er kann gehen." — Schwärzester Undank ist der Lohn, der unseren in Ehren ergrauten und durch schwerste Arbeit gebrechlich gewordenen Pionieren zuteil wird.

Nicht genug damit! Man stempelt die „Zentraleuropäer" zu halben und ganzen Verbrechern! „Verbrecherische Neigungen" (criminal tendencies) sollen bei ihnen vorherrschen. Erst kürzlich hat die „unabhängige Zeitung" von Regina einen ähnlichen Vorwurf auf die Fremdgeborenen geschleudert, die um 400 Prozent mehr an schweren Verbrechen beteiligt sein sollen als die geborenen Canadier (siehe „Courier" vom 23. April).

Lassen wir einmal die Statistiken von Saskatchewan sprechen! Auf Seite 51 des Jahresberichtes des Saskatchewan-Department für öffentliche Arbeiten für das Jahr vom 30. April 1928 bis zum 30. April 1930 setzte sich die „Gefängnisbevölkerung" von Saskatchewan folgendermaßen zusammen:

127 Amerikaner, 3 amerikanische Neger, 109 Oesterreicher (zu denen sich noch viele Slaven nach ihren Geburtsländern rechnen), 2 Belgier, 3 Chinesen, 2 Tschechoslovaken, 527 Canadier, 10 Dänen, 136 Engländer, 15 Finnen, 3 Franzosen, 45 Französisch-Canadier, 16 Deutsche, 1 Grieche, 4 Holländer, 15 Ungarn, 1 Hindu, 16 Indianer, 37 Indianer-„Halfbreeds", 49 Irländer, 1 Italiener, 4 canadische Juden, 1 Japaner, 12 Norweger, 35 Polen, 21 Rumänen, 44 Russen, 2 Ruthenen, 73 Schottländer, 16 Schweden, 9 Schweizer, 2 Südamerikaner, 1 Türke und 7 von Wales.

Wer diese Zusammenstellung aufmerksam durchliest und dabei bedenkt, daß die Deutschstämmigen die stärkste Minderheitsgruppe in Saskatchewan umfassen, kann sich selbst ein Urteil über die „verbrecherischen Neigungen" der „Zentraleuropäer" und namentlich der Deutschen bilden. Jede weitere Erklärung ist überflüssig.

Wir möchten unseren Artikel schließen mit einem Satze aus einer Zuschrift an die „Leader-Post" von Regina, verfaßt von J. C. MacKinnon, Regina, der sich mit Bischof Lloyds Anwürfen in dankenswerter Weise auseinandersetzt. An die Adresse des anglikanischen Prälaten richtet er folgende Worte: „Es wäre ein armseliger Farmer, der mit seinem Land nicht zufrieden ist und nichts anderes täte, als über sein schlechtes Land zu sprechen. Er würde entweder das genannte Land verlassen oder es kultivieren, bis es ihm entspricht." Man könne, so meint MacKinnon, von den Fremdgeborenen nicht erwarten, daß sie gute Canadier würden, wenn man sie beschimpfe.

Großbritannien, Canada und Argentinien

Ein Spezialkorrespondent der „Manitoba Free Preß", die man als eine der führenden englischen Zeitungen des canadischen Westens ansprechen darf, berichtete kürzlich über ein Handelsabkommen zwischen Großbritannien und Argentinien. Die beiden Länder stehen schon seit Jahren in regen Handelsbeziehungen. Im Jahre 1928 hat Großbritannien argentinische Ackerbauprodukte, hauptsächlich Weizen und Fleisch, im Werte von £77,000,000 (£=englische Pfund) eingeführt, während der Wert der britischen Ausfuhr nach Argentinien sich auf £31,000,000 bezifferte. Nach dem neuen britisch-argentinischen Handelsabkommen verpflichtet sich nun Großbritannien jährlich für mindestens $42,000,000 argentinischen Weizen und argentinisches Fleisch kaufen, während Argentinien dafür von Großbritannien Eisenbahnmaterial und andere Industrieprodukte im nämlichen Werte beziehen will. Hinsichtlich des Eisenbahnmaterials hat Großbritannien mit der scharfen Konkurrenz Deutschlands zu rechnen, das erst vor einigen Monaten die englische Industrie auf diesem Gebiete stark unterboten hat. Die argentinische Regierung wollte Lokomotiven, Eisenbahnschienen und anderes Material kaufen. Das deutsche Angebot lautete auf £92,000, die niedrigste britische Offerte aber auf £132,000.

Was uns in Canada besonders interessiert, ist, daß Großbritannien so große Weizenmengen aus Argentinien einführen will. Der angegebene Betrag von $42,000,000 ist nur ein Mindestsatz, der jedoch wahrscheinlich noch weit überschritten wird, wie dies in den letzten Jahren der Fall war. Die englische Industrie, die große Hoffnungen auf Belieferung des argentinischen Marktes setzt, wird gewiß darauf drängen, daß Weizenkäufe von Argentinien in möglichst großer Menge vorgenommen werden, um dafür englische Industrieprodukte in Argentinien in mindestens gleichem Werte unterzubringen.

Das britisch-argentinische Handelsabkommen ist erst neuer Beweis für die vom „Courier" aufgestellte Behauptung, daß in der internationalen Handelspolitik das Prinzip der Gegenseitigkeit eine wesentliche Rolle spielt. Sogar das britische Reichsinteresse muß in den Hintergrund treten, wenn die Frage des internationalen Warenaustausches zur Entscheidung steht. Wenn Argentinien einen qualitativ guten und vielleicht einen etwas billigeren Weizen liefern kann als Canada und dafür britische Industrieprodukte in ungefähr gleichen Werte abnimmt, so wird der britische Industrielle oder der englische Handelsmann wenig nach dem canadischen Farmer und dessen Wirtschaftssorgen fragen. Das Gefühl muß schweigen, wenn die nackten wirtschaftlichen Tatsachen sprechen. Das mag manchem Gefühlsmenschen recht derb klingen, aber der Welthandel wird nicht von Sentimentalen und Schwärmern, sondern von Menschen abgewickelt, die nur mit Dollars und Cents rechnen.

Canada im Welthandel

R. J. Cromie von der „Vancouver Sun" ist von einer Weltreise zurückgekehrt und hat in Regina, Winnipeg und anderen canadischen Städten interessante Vorträge über seine Eindrücke gehalten. Seine These ist kurz diese: **Jedes Land, das am Welthandel mit Erfolg teilnehmen will, muß nicht nur genug erzeugen, um selbst davon leben zu können, sondern auch noch einen Warenüberschuß erzielen, der von anderen Ländern verlangt und dringend benötigt wird.** Diese Binsenwahrheit sollte jedem einleuchten.

In seinem Winnipeger Vortrag führte Cromie das Beispiel des Chile-Salpeters an, der ursprünglich ein Weltmonopol hatte. Der deutsche Erfindungsgeist habe dieses Weltmonopol Chiles aufgehoben. Denn Deutschland könne heute ein gleichwertiges, aber billigeres Kunstdüngemittel auf chemischem Wege herstellen. Die Folge davon sei, daß die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, trotz der intensiven Bodenarbeitung und der Anwendung von Kunstdünger, so verbilligt werde, daß Deutschland noch ein beachtenswerter Weizenbaukonkurrent für Canada werden könne.

Diese Auffassung Cromies mag wohl etwas übertrieben sein, aber das von ihm angeführte Beispiel beweist, daß kein Land in der modernen Welt seine Handelspolitik einseitig regeln kann. Die Welt wird mehr und mehr zu einem großen Warenaustausch-Konzern, in dem die Gegenseitigkeit entscheidet. Folglich: Will Canada seinen überschüssigen Weizen an europäische Länder wie Deutschland, Frankreich oder Italien verkaufen, so muß es dafür Industrieprodukte von dem betreffenden Lande kaufen, wie sich das auch aus dem britisch-argentinischen Handelsabkommen klar ergibt. Canada kauft bisher viel zu viel von den Vereinigten Staaten, die als Abnehmer seines Weizens heute und in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen.

Unsere canadischen Farmer, die so leicht geneigt sind, die Ursachen ihrer heutigen gedrückten Lage nur in Spekulationsmanövern zu erblicken, sollten ihren Gesichtskreis erweitern und erkennen, daß auch die Frage des Weizenpreises und des Weizenverkaufes mit der gesamten canadischen Handelspolitik im engsten Zusammenhange steht. Ist diese Politik einseitig orientiert, nach Großbritannien oder den Vereinigten Staaten hin, während andere Länder nicht genügend berücksichtigt werden, so kann das notwendige Gleichgewicht nicht hergestellt werden. Es ist zum Beispiel sehr bedauerlich, daß noch kein Handelsvertrag zwischen Canada und Deutschland abgeschlossen werden konnte, weil die canadischen Müller ihr Mehl nach Deutschland exportieren wollen, während man in Deutschland nicht das teuere canadische Mehl, sondern den unvermahlten canadischen Weizen will. Auf solche Weise scheitern manchmal internationale Wirtschaftsverhandlungen, die im Falle eines Erfolges beiden Teilen zum Nutzen gereichen könnten.

Die verfehlte Sowjet-Agrarpolitik

Die „Prawda", das offizielle Organ der Kommunistischen Partei, richtet auf ihrer Frontseite, ohne Zweifel als Sprachrohr des Kremls, einen Appell an alle treuen Parteimitglieder, erbarmungslos alle Fehler der Bauernpolitik aufzudecken. Was damit gemeint ist, geht aus den auf der zweiten Seite aufgeführten Beispielen hervor, die einen gewaltigen Rückgang der Getreide- und Baumwollsaatfläche in Südrußland, wo die Frühjahrsbestellung schon fast beendet ist, enthüllen. Im Nordkaukasus, dem zweitgrößten Getreidereservoir der Sowjetunion, sind nur 36 Prozent der im Fünfjahrplan vorgesehenen Fläche angesät. Nur in einigen wenigen Bezirken der Ukraine ist das Verhältnis günstiger. Im Kaukasus befinden sich die größten und fruchtbarsten staatlichen Getreidefarmen. Sie sind gut im Betrieb, aber die selbständigen Bauern, die den ausschlaggebenden Faktor für die Ernte von 1930 darstellen, säen laut „Prawda" lediglich das, was sie für ihren eigenen Bedarf brauchen. Um zu verhindern, daß diese sowjetfeindliche Haltung auch auf solche Gebiete übergreift, in welchen die Saat noch nicht in Angriff genommen ist, hat der Bundes-Hauptvollzugsausschuß folgendes verfügt:

1. Bauern, die weniger anbauen als im letzten Jahre, sollen auf der Basis der Anbaufläche des Jahres 1929 besteuert werden. 2. Die Kollektivgüter müssen ein Viertel bis ein Drittel der Ernte an den Staat verkaufen. 3. Die Mitglieder der Kollektivgüter sind für ihre Arbeitsleistung zum Teil in Bar, zum Teil in Naturalien zu bezahlen, jedoch erst im Herbst aus den Ernteerträgen.

„Unsere Fehler zu verheimlichen," erklärt die „Prawda", „hieße lediglich die Fortdauer der verbrecherischen Fehlgriffe unserer Agrarpolitik begünstigen und die gesamte Kommunistische Partei in Mißkredit bringen. Wir müssen die Versuche derjenigen an den Pranger stellen, die zur Rettung ihres persönlichen Prestiges unter Opferung des Parteiinteresses berechtigte Kritik unterdrücken wollen."

Weltumschau

Hindenburg fünf Jahre Reichspräsident. Fünf Jahre sind nunmehr, seitdem der deutsche Nationalheld des Weltkriegs, Feldmarschall Paul von Hindenburg, seinen Einzug in das Reichspräsidenten-Palais hielt, der erste Reichspräsident, der aus direkter Volkswahl hervorgegangen ist, verflossen. Was der greise Herr — er feiert im Oktober seinen 83. Geburtstag — in dieser Zeit für sein Volk getan, gehört der Geschichte an und wird ihm unvergessen bleiben. Geachtet und hochverehrt nicht nur zu Hause, sondern weit über Deutschlands Grenzen hinaus, verstand er es, seinem hohen Amte die Würde zu geben, die ihm gebührt; innig geliebt von seinen Mitbürgern, steht er heute da. Ein Hort des Friedens und des Rechts, ein getreuer Eckehard dem deutschen Volke, der nicht müde wird, die Einigkeit zu predigen, dem das „Deutschland über Alles" nicht nur Lippendienst und Phrasenklang, sondern wirkliche aufrichtige Herzenssache ist. Der „Dienst am Vaterland", welcher ihm von seiner frühesten Jugend an Leitstern und Führer gewesen, er beseelt ihn auch heute noch. Wo das Allgemeininteresse es immer erfordert, da treten alle persönlichen Wünsche und Neigungen in den Hintergrund. Erst kürzlich bei Unterzeichnung des Young-Plans hat der greise Staatsmann diese edle Eigenschaft wieder in glänzender Weise dokumentiert und in seiner begleitenden Denkschrift meisterhaft motiviert. Ueber alles steht ihm der auf die Verfassung geleistete Eid, und gründlich haben sich jene geirrt, die seiner Zeit glaubten, Hindenburg in seiner Eigenschaft als Reichspräsident als einen bloßen Platzhalter für einen Hohenzollernsproß, als Uebergang zur wiederkehrenden Monarchie, einschätzen zu müssen.

Steubenfeiern in Deutschland und Amerika. Aus Anlaß der zweihundertsten Wiederkehr des Geburtstages des Generals von Steuben im Herbst dieses Jahres trifft die „Vereinigung Carl Schurz" in Berlin Vorbereitungen für ein würdiges Gedenken dieses Ereignisses. Das Patronat für die in großem Stil geplante Veranstaltung hat Reichspräsident von Hindenburg übernommen. Dem Ehrenausschuß für die Festlichkeiten gehört auch der amerikanische Botschafter für Deutschland, Frederic Mosley Sackett, an. In dem Aufruf, der das deutsche Volk zur Beteiligung an dieser Gedenkfeier auffordert, heißt es:

„Was Steuben seinem zweiten Vaterlande bedeutet — das zu preisen und zu feiern, wird Amerikas Sache sein. Wir Deutschen schicken uns an, das Gedächtnis an einen Mann und Soldaten zu erneuern, der den Ruhm und die Bewährung deutscher Tüchtigkeit über die Grenzmarken seines Heimatlandes und seines Erdteils in die Neue Welt getragen hat."

Die Herstellung eines Duplikates des auf dem Platze vor dem Weißen Hause in Washington stehenden Steubendenkmals wurde im Jahre 1910 vom amerikanischen Kongreß genehmigt, der es durch Gesetz vom 23. Juni 1910 dem deutschen Volke zum Geschenk machte. Dieses Denkmal wurde am 1. September 1911 auf dem Platz an der Schloßstraße neben dem Stadtschloß in Potsdam enthüllt. In diesem Jahre wird Deutschland seinem großen Sohn ein Denkmal errichten, und zwar in dessen Vaterstadt Magdeburg. Die Grundsteinlegung erfolgt im Laufe des Sommers und ihr wird eine große Steuben-Kundgebung in Berlin folgen.

Die Legislatur des Staates New York hat vor ihrer Vertagung eine Gesetzvorlage genehmigt, die den Erwerb der Steuben-Farm bei Utica vorsieht, um dort in der Umgebung der Grabstätte des großen deutsch-amerikanischen Freiheitshelden einen Staatspark anzulegen. Verschiedene amerikanische Städte bereiten für dieses Jahr würdige Steuben-Gedenkfeiern vor.

Der vielseitige Völkerbund. Das Generalsekretariat des Völkerbundes gibt die Tagesordnung der Maitagung des Völkerbundrates bekannt. Die wichtigste Frage, die der Tagung ihre Bedeutung verleiht, nämlich die Fortführung der Abrüstungsvorbereitungen, steht jedoch nicht auf der Tagesordnung, sondern wird von den Delegaten in separaten Konferenzen besprochen werden. Man rechnet darauf, daß der Ausschuß für die Vorbereitung der Internationalen Abrüstungskonferenz vom Völkerbund nach Besprechung mit den Ratsmächten für Mitte Juni nach Genf einberufen werden wird, um die auf der Londoner Marinekonferenz erreichten Teilergebnisse mit der gesamten Abrüstungspolitik des Völkerbundes in Einklang zu bringen, wie dies von der Vollversammlung im September 1929 vorgesehen wurde.

Zu gleicher Zeit wird der Völkerbund über die Verhandlungen im Sicherheitsausschuß zu befinden haben, der in Genf die Beratungen über die deutschen Vorschläge zur Kriegsverhütung und über das Abkommen, betreffend die finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten fortsetzt. Außerdem obliegt dem Rat die Beschlußfassung über einen englischen Antrag auf Einberufung einer internationalen Konferenz zur Inkraftsetzung des Abkommens über den Waffenhandel.

Die übrigen Fragen der Tagesordnung erstrecken sich neben den gewaltigen Verwaltungsfragen auf die Neuwahlen zu dem sechszehngliedrigen Gesundheitsausschuß, auf die Neuordnung der geistigen Zusammenarbeit, auf die Erweiterung des Opiumausschusses, auf die Berufung eines Nachfolgers für Geheimrat Kastel in den Mandatsausschuß, und auf die Einberufung des Wirtschaftsausschusses und des Wirtschaftsrates des Völkerbundes für Juni. Als neues deutsches Mitglied des Mandatsausschusses (für Kolonien) wurde der frühere deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Solf, in Vorschlag gebracht.

Von Minderheitsfragen kommen in der Tagung zwei oberschlesische Beschwerden zur Beratung, darunter der Protest von 32 deutschen Kassenärzten, die vom polnischen Knappschaftsverein ihrer Stellungen enthoben worden sind. Dem Generalsekretariat des Völkerbundes ging ferner ein Appell der kroatischen Nationalversammlung zu, in dem die Liga aufgefordert wird, der Vorherrschaft Serbiens über Kroatien ein Ende zu machen.

Weltkrieger-Verbrüderung? Aus dem Hauptquartier des deutschen „Reichsbanners", des Verbandes republikanisch gesinnter früherer Frontsoldaten, erging die Mitteilung, daß das Projekt, in diesem Sommer auf den Schlachtfeldern der Westfront des Weltkrieges eine Zusammenkunft französischer und deutscher Weltkrieger aufzuhalten, aufgegeben worden ist. Als Grund dafür gibt das „Reichsbanner" an, es sei „von französischen Kriegskameraden in Kenntnis gesetzt worden, daß der Besuch so vieler deutscher Weltkrieger auf Schwierigkeiten stoßen werde."

Das „Reichsbanner" erklärt jedoch, daß es sich weiter mit „französischen Kreigskameraden ins Einvernehmen setzen werde, um später eine solche Zusammenkunft von deutschen und französischen Weltkriegern doch noch zustande zu bringen."

Die „Vereinigten Staaten von Europa". Graf Dr. Richard N. Coudenhove-Kalergi, der Gründer und Führer der Pan-Europa-Bewegung, hat allen europäischen Regierungen einen Verfassungsentwurf für die „Vereinigten Staaten von Europa" zur Erörterung und Entgegennahme von Gegenvorschlägen zugeschickt. Unter den Bestimmungen des Entwurfs besagt eine, daß die Länder, die diesem Staatenbund beitreten, einander Gegenseitigkeitsgewähr für die Aufrechterhaltung des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes leisten und sich einhellig verpflichten sollen, jeden Angriff auf irgend einen Teil des Staatenbundgebiets als einen Angriff auf ihr eigenes Staatsgebiet anzusehen, der mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln abzuwehren ist.

Zwiste der zum Staatenbund gehörigen Länder sollen einem Staatenbundtribunal und Streitigkeiten zwischen einem zum Staatenbund gehörigen und einem nicht zum Staatenbund gehörigen Lande dem Völkerbund oder dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zur Entscheidung vorgelegt werden.

In allen Ländern des Staatenbundes sollen die Bevölkerungsminderheiten völlige Gleichberechtigung mit den Bevölkerungsmehrheiten genießen. Alle bestehenden Exklusivverträge zwischen zum Staatenbund gehörigen und nicht zum Staatenbund gehörigen Ländern sollen gekündigt werden. Einnahmen für den Staatenbund sollen dadurch geschaffen werden, daß in allen Hafenstädten der „Vereinigten Staaten von Europa" Kopfsteuern von allen nicht europäischen Staatsangehörigen erhoben werden sollen.

(Der französ. Außenminister Aristide Briand, der sich eingehend mit dem Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa" befaßt hat, gedenkt bekanntlich demnächst allen europäischen Regierungen einen Fragebogen in der Angelegenheit zuzusenden, um auszufinden, wie sie sich dazu stellen.)

Britenpolitik vor dem Weltkrieg. Der sechste Band der amtlichen britischen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges ist erschienen und endet mit Lord Haldanes berühmtem Besuche in Berlin im Jahre 1912. Er befaßt sich hauptsächlich mit Englands Versuchen, in den letzten Jahren vor dem Kriege eine Art Flottenabkommen zu erzielen, welchem Zwecke auch Lord Haldanes Besuch in Berlin galt.

Der neueste Band enthält wenig Material, das Kennern der Periode Ueberraschungen bieten dürfte. Sir Edward Grey schreibt im Jahre 1907 über angebliche Versuche, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben. Er erwähnt ein Beispiel, daß man ein britisches Zugeständnis an Frankreich in Marokko wertlos erscheinen lasse im Vergleich zu Zugeständnissen mit Bezug auf Aegypten. Der Kaiser sagte, daß Frankreich mit der Entente in ein Wespennest gestochen habe, und Grey bemerkt dazu, daß diejenigen, die Frankreich hiervon überzeugen wollten, erklären, „daß jetzt, wo wir alles aus Frankreich herausgeholt haben, was herauszuholen war und es in eine gründlich unbefriedigende Lage gebracht haben, wir beabsichtigen, es im Stich zu lassen, um uns Deutschland zu nähern und zu sehen, was wir dort erlangen können. Niemand ist begieriger als ich, daß unsere Beziehungen zu Deutschland freundliche sein sollen; sie können es aber, wie ich schon oft gesagt habe, nur unter der bestimmten Voraussetzung sein, daß unsere Freundschaft nicht auf Kosten von Frankreich geht."

Sowjets planen Luftschiffverkehr. Neuerdings ist in Moskau ein Plan zum Bau von kleineren Luftschiffen ausgearbeitet worden, die für den Luftverkehr im Nordosten des europäischen Rußland und in Sibirien bestimmt sind. Nach diesem Plan wird in der Nähe von Moskau eine Luftschiffswerft errichtet werden, wo Luftschiffe im Umfang von etwa 9000 Kubikfuard hergestellt werden sollen. Der entfernteste östliche Punkt der vier Linien, auf denen der Luftschiffsverkehr geplant ist, würde Jakutsk in Ost-Sibirien sein. Mit dem Bau der Luftschiffe soll im nächsten Jahre begonnen werden.

Ukrainische Verschwörer. Die Polizei in Lemberg hat angeblich einen Verband von ukrainischen Terroristen entdeckt, welcher Bomben anfertigte, um sie zu Attentaten auf polnische Beamte und das russische Konsulat in Lemberg zu verwenden. Mit den Attentaten sollte Vergeltung für die jüngste Prozessierung von Gegenrevolutionären in Charkow geübt werden. Die Polizei nahm zwölf an dem Komplott beteiligte Personen fest und beschlagnahmte Handgranaten und Sprengstoffe. Es stellte sich aber heraus, daß der Verband vor dem kommenden Polizeiüberfall gewarnt worden war und das Hauptlager seiner Sprengstoffe aus Lemberg nach einem anderen Versteck weggebracht hatte.

Massenmorden in China. Mit Maschinengewehren bewaffnete Banditen haben 1,000 Einwohner von Kiang Su Tschen im Norden der Kiangsi-Provinz ermordet. Eintausend Gefangene wurden von den Banditen mitsamt der Beute aus der Stadt fortgeschleppt, die niedergebrannt wurde. Dieses neueste Massaker ereignete sich innerhalb 100 Meilen von Nanking, dem Sitz der nationalistischen Regierung. Die Gegend von Kiang Su Tschen wurde heimgesucht, und die Bauern wurden erbarmungslos gemartert. Die berittenen Banditen überfielen plötzlich die Stadt, brachten Maschinengewehre in Stellung und mähten die Bewohner nieder, worauf sie später ihre Häuser plünderten, ehe sie die ganze Stadt in Brand setzten.

Zwei Priester wurden von Banditen entführt, die die Stadt Sien Tao Tschen, 50 Meilen nordwestlich von Hankau, überfielen. Die Priester waren in der Station der China-Missionsgesellschaft von Nebraska tätig. Die Mehrzahl des Personals dieser Station ist irischer Abstammung. Andere Priester und die Schwestern in der Mission werden als sicher angesehen. Vier amerikanische Missionarinnen sind aus der Stadt nach Hanjang geflohen. Die entführten Priester sollen später ermordet worden sein.

Die Kommunisten, die am 12. April die Stadt Sin-Feng südlich von Kantschau überfielen und 200 Einwohner ermordeten, sollen nach der Fukien-Provinz abgezogen sein. Mitglieder der schwedischen Mission in Kienli in der Hupeh-Provinz sind geflohen, als 6,000 Rote die Stadt angriffen.

Chilenischer General ermahnt zum Festhalten am Deutschtum

Die Bemühungen der Regierung von Chile (Südamerika), einen guten Stamm neuer deutscher Kolonisten zu erhalten, haben zu einem Erfolg geführt. Am 12. Februar langte der erste Transport deutscher Kolonisten, neun Familien mit 58 Personen, auf chilenischem Boden an. Diese deutschen Einwanderer, die aus Oberbayern stammen, sollen in der Gemüsekolonie Penaflor bei Santiago angesiedelt werden, wo die chilenische Kolonisationskasse bereits umfangreiche Vorarbeiten getroffen hat. Als der Kosmos-Dampfer „Heluan" im Hafen von San Antonia anlief, begrüßte der chilenische General Ahumada, der frühere langjährige Direktor der Kriegsakademie in Santiago und ein treuer Freund der deutschen Sache, die Einwanderer in deutscher Sprache. Dann fuhren die deutschen Kolonisten auf der Eisenbahn bis Talagante, wo die Einwohner durch große Plakate in deutscher Sprache ihre neuen Mitarbeiter willkommen hießen. Aus der ganzen Umgebung hatte sich die Bevölkerung zur Begrüßung auf dem Bahnhof eingefunden. Die Stadtkapelle spielte die „Wacht am Rhein", worauf noch eine Autofahrt bis Penaflor folgte. Der deutsche Gesandte, der Vorsitzende des Deutsch-Chilenischen Bundes und andere Mitglieder der deutschen Kolonie Santiagos empfingen die Neuankömmlinge auf ihrem Arbeitsfeld. Der General Ahumada ergriff nochmal das Wort und ermahnte die Einwanderer, **gute Deutsche zu bleiben. Damit würden sie ihrem neuen Vaterland den besten Dienst erweisen; sie würden hier ihre deutsche Schule haben, ihre deutsche Kirche und ihren deutschen Verein.** — Die führende chilenische Presse begrüßte die deutschen Kolonisten im herzlichsten Tone.

Druckfehlerberichtigung

In dem Artikel „Zum Tode Reimund Friedrich Kaindls ist ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen. Es hieß dort: „er stammte aus Czernowitz, d. Hauptstadt des Burgenlandes", während es hätte heißen sollen „des Buchenlandes" (der Bukowina).

— In Mussolinien ist man angeblich darauf versessen, ein großes italienisches Kolonialreich in Afrika, das von zwei Weltmeeren bespült wird, sich zu erobern. An dem nötigen Ehrgeiz fehlt's den Italienern nicht, ihre Machtmittel aber dürften dazu nicht ganz ausreichen!